

Arbeiter

Sachsen
Dresden
Möbelhaus
Weißner Straße 91

Sammelt für Berlin!
Berlin muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern /
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 27. Oktober 1930

Nummer 251

Hugenberg-Faschisten rufen zum Streifbruch

DMB-Urch will Unorganisierte aushungern! — Gächliche SPD-Bürokratie für 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich — Geschlossene Streiffront als Antwort an die Saboteure und Streifbrecher! — Kämpft mit Berlin!

Dresden, den 27. Oktober.

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten berichten, haben die „nationalen Arbeiterverbände“ ihre Mitglieder aufgefordert, am Montag die Arbeit in den Berliner Metallbetrieben wieder aufzunehmen, da ein Streikstreifen ein „Verbrechen an der Familie“ bedeute. Diesem Aufruf schicklicher Streifbrecher unter Hugenbergs Führung dürfte binnen kurzem auch der offizielle Streifbruchpöbel der Hitler und Goebbels folgen.

Auch die reformistische Bürokratie läßt alle Minen springen, um die Metallarbeiterfront von innen heraus zu sprengen. So erklärte Urch, der DMB-Führer, am Sonnabend auf einer Konferenz: „Niemand werden die Gewerkschaften dafür zu haben sein, mit den Geldern ihrer Mitglieder Unorganisierte zu unterstützen. Die Nichtunterstützung dieser Kugeln eher wird eine heilsame Lehre für alle übrigen Branchen sein.“ Urch will die Unorganisierten aushungern. Das ist glatter Streifbruch.

In der Front der offenen und verdeckten Streifbrecher fehlt nicht die reformistische Bürokratie Sachsens. Ihrer offen zur Schau getragenen Schadenfreude über die nicht zur vollen Entlastung gekommene Solidaritätsaktion der Limbacher Metallarbeiter reißt sich die Propagierung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, also ihr Einverständnis mit einem außerordentlichen Lohnabbau an. Der schickliche

nach als der Nordwest- oder Mansfelder Kampf — die Entscheidung darüber ob die Arbeiter die Ankothen der kapitalistischen Krise und des Youngturges durch ein entsetzlichen Lohnabbau tragen sollen.

Ein Sieg der Metallindustriellen in Berlin wäre das Signal zu einem Generalaufruf der Unternehmer auf alle Arbeiterkategorien Deutschlands und würde das Brüning-Stegerwald-Kabinett ermuntern, noch schamloser auf allen Gebieten der Sozialreaktion vorzustößen.

Darum geht der Berliner Streik nicht nur um die Verhinderung des Lohnabbaus in der Berliner Metallindustrie, sondern er wählt sich in seiner Bedeutung zu einem politischen Kampf aus, der sich gegen den Brüning-Kurs, gegen das kapitalistische Raub- und Werdjsthem überhaupt richtet.

KPD und RGD haben vom ersten Tag des Kampfabbruchs an die Verbreiterung der Kampffront unter offenen Forderungen gefordert. Das alte Kampfbündnis zwischen Berlin und Sachsen wird durch die Bürokratie mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Aber sicher ist es, daß der erwartete

Schiedspruch in der sächsischen Metallindustrie bei einer Niederlage der Berliner Arbeiter den schamlosesten Lohnabbau enthalten würde.

Aber nicht nur die sächsischen Metallarbeiter, alle Arbeitergruppen sind der Offensive der Unternehmer ausgesetzt. Einzelverträge der sächsischen Textilindustriellen sind an der Tagesordnung.

Für die sächsischen Transportarbeiter ist jedoch ein Schiedspruch auf 5prozentigen Lohnabbau gefaßt worden, für die sächsischen Glasarbeiter ein solcher mit 3prozentigem Lohnabbau. Das Arbeitszeitabkommen für den sächsischen Bergbau, das angesichts der Katastrophen von Mordorj und Saarbrücken von um so größerer Bedeutung ist, läuft in absehbarer Zeit ab.

So stehen nicht nur die sächsischen Metallarbeiter, sondern mit ihnen andere wichtige Arbeiterkategorien vor der Entscheidung im Kampf gegen Lohnabbau, für Arbeitszeitverlängerung bei vollem Lohnausgleich, für Lohnerhöhung.

Diese Front darf nicht zerfallen. Ihre Entfaltung in offener Solidarität mit den kämpfenden Metallarbeitern Berlins ist unüberwindlich. Die RGD fordert die Arbeiter auf, der Offensive der Unternehmer, dem offenen schicklichen Streifbruch und der Zerstückelungsaktion der reformistischen Bürokratie durch Mobilisierung zum Kampf, durch Bildung revolutionärer Kampfleitungen und Stärkung der roten Betriebsgruppen der RGD entgegenzutreten.

Die Forderung Sachsens, nicht nur für die Metallbetriebe, lautet: Die Betriebe streifreif gemacht und den Kampf angenommen!

Wieder hundert Arbeiter gemordet

Bergwerkstatastrophe bei Saarbrücken.

Saarbrücken, 27. Oktober.

Am Sonnabend dem 25. Oktober um 15 Uhr ereignete sich auf der Grube Maybach bei Saarbrücken eine Schlagwetterkohlenstaubexplosion. Nach den letzten vorliegenden Meldungen sind 99 Tote gemeldet. Es ist jedoch bestimmt mit 110 bis 115 Toten zu rechnen. Die Rettungsarbeiten mühten wegen Lebensgefahr der Rettungsmannschaften eingestellt werden, da die Wetter in den Gruben noch brennen. Damit ist festgelegt, daß es sich um eine Schlagwetterexplosion handelt, die eine Kohlenstaubexplosion ausgelöst hat.

Aus Forbach wird berichtet, daß bei Bekanntwerden dieser neuen Bergwerkstatastrophe die Arbeitererschaft spontan gegen die Betriebsleitung demonstrierte.

Proletarische Antwort an die Verbrecher

Appell der Bezirksleitung der KPD Sachsen

Dresden, 27. Oktober.

Die am Sonntag tagende Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens nahm folgende Entschließung an:

„Noch hat sich die Erde nicht geschlossen über den 260 Opfern der Profitgier der Bergkapitalisten in Mordorj, und schon erreicht uns aus dem Saargebiet die Schreckenstunde, daß abermals 99 Bergarbeiter einer Schlagwetterexplosion zum Opfer gefallen sind. Wie bei der Mordorjer Katastrophe es entgegen aller hürgeischen und amtlichen Verschleierrungsversuche bereits erwiesen ist, daß mörderisches System und ungenügender Arbeitsschutz die Ursachen der Katastrophe sind, so wird auch der neuerliche Massenmord von 99 Bergknappen durch das ruchlose Profitstreben des Kapitalismus bedingt sein.“

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens gedenkt mit Erschütterung der toten Klassenkameraden und spricht den schwer betroffenen Angehörigen und Hinterbliebenen ihr Beileid aus. Sie verbindet ihre Trauer mit dem leidenschaftlichen Appell an alle Arbeitenden in Schacht und Hütte, in Fabrik und Büro, sich unter revolutionärer Führung zum Kampf zu formieren für Arbeitszeitverlängerung bei vollem Lohnausgleich, gegen Akkordhinderung, für ausreichenden Arbeitsschutz, für rückwärtslose Bekämpfung der Schuldigen, für den Sturz des kapitalistischen Werdjsthem. Die Erweiterung des Berliner Metallarbeiterstreiks auf Sachsen, ein halbherziger Proteststreik der sächsischen Bergarbeiter am Tage der Beerdigung muß die proletarische Antwort an die kapitalistischen Massenmörder sein, denen Arbeiterleben nichts, der Profit alles ist.“

Keinen Hadenichlag geführt!

Hagen, 27. Oktober.

Das Begräbnis der Gemordeten vom Schacht Anna 2, deren Zahl inzwischen auf 262 gestiegen ist, fand Sonnabendmorgen statt. Erschütternde Szenen spielten sich am Grabe ab. Bei der offiziellen Feier sprachen Minister, Pfaffen und der Generaldirektor, der Hauptverantwortliche für den 262fachen Mord. Obwohl die Christen und Reformisten die Forderung herausgegeben hatten, heute zu arbeiten, wurde überall die Streifparole der Revolutionären Gewerkschaftsopposition durchgeführt.

Die heutige Parteiarbeiterkonferenz vertagt!

Termin wird noch bekanntgegeben.

Finanzminister Hedrich ergänzt dieses reformistische „Rettungsprogramm“, indem er die Heberweisung der Gelder, die bei der Einführung der 40-Stunden-Woche am Sozialetat eingepart würden, an die Privatindustrie fordert. Schließlich, unterstützt durch die Brüning-Regierung, ermuntert durch die Zerstückelungsaktion der Bürokratie, drohen die Metallindustriellen mit einer Gesamtsperre der Metallarbeiter von Sachsen, Brandenburg, Mitteldeutschland usw.

Die Bourgeoisie und ihre Schindknappen haben die ungeheure Bedeutung des Berliner Metallarbeiterkampfes erfasst. Er bedeutet in der Phase der tiefsten kapitalistischen Krise weit mehr

„Wir sind ausgetreten aus den Mordkolonnen der NSDAP“

Glänzender Antifaschistischer Aufmarsch in Falkenstein / 100 Rote Frontkämpfer in Mundestkleidung / Ehemalige Nationalsozialisten im Zuge / 2000 Demonstranten

Falkenstein, 27. Oktober.

Die Antifaschistische Arbeiterwehr, der Kommunistische Jugendverband, sowie alle anderen antifaschistischen Organisationen hatten für gestern ein Antifaschistisches Treffen organisiert. 2000 Arbeiter und Jugendliche marschierten, trotz strömendem Regen, in geschlossenen Formationen durch die Straßen Falkensteins. Im Zuge marschierte in voller Uniform der nicht zu verübende NSB. Vor dem Zuge des NSB, der über hundert Mann zählte, marschierten uniformierte Nationalsozialisten mit einem Schild „Wir sind ausgetreten aus der Mordkolonne NSDAP!“ Am Amtsgesicht und auch am Rathaus sprach der Führer des sächsischen Kampfbundes gegen den Faschismus, Genosse Schönherr, zu den Arbeitermassen. Donnernd erklang am Schluß der Kundgebung das „Rot Front!“, der revolutionäre Gruß der Arbeiterschaft.

So war auch dieses Gebirgstreffen eine wichtige Kundgebung gegen Faschismus und Hunger, gegen Brüning, gegen den Betrat der sozialdemokratischen Führer.

Landarbeiterstreit

In Hartmannsdorf, Kreis Schweinitz, haben die Kartoffelpöbeler des dortigen Rittergutes eine Lohnsenkung von 9 auf 7 Pf. pro Kiepe mit dem Streik beantwortet.

Heute 20 Uhr, im Kristallpalast, Schäferstr.
ROTER OKTOBER
Willi Leow spricht Rote Raketen spielen / Eintritt 60 und 30 v. . .